

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr.<sup>in</sup> Pamela Rendi-Wagner, MSc, Mag. Jörg Leichtfried,  
Genossinnen und Genossen

### **betreffend soziale Krise verhindern, Teuerung bekämpfen**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Top 1) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1102 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Bundesland Niederösterreich aus Anlass des 100-jährigen Bestehens als eigenständiges Bundesland und ein Bundesgesetz über die Finanzierung des Vereins für Konsumenten-information im Jahr 2022 erlassen sowie die Exekutionsordnung, das Bundesgesetz, mit dem Verstöße gegen bestimmte einstweilige Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre zu Verwaltungsübertretungen erklärt werden, das Gebührenanspruchsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Umweltförderungsgesetz, das Schülerbeihilfengesetz 1983, das FTE-National-stiftungsgesetz, das Bundesmuseen-Gesetz 2002 und das Bundestheaterorganisations-gesetz geändert werden (Budgetbegleitgesetz 2022) (1154 d.B.)

Das Leben für sehr viele Menschen wird immer teurer und für mehr und mehr immer schwerer leistbar. Den Menschen geht es dadurch oft schlechter als noch vor einigen Jahren. Aufgabe der Politik ist es aber, das Leben der Bevölkerung besser zu machen, statt es schlechter werden zu lassen. Alles andere wäre die Selbstaufgabe der Politik.

Derzeit hat die Teuerung ein Ausmaß erreicht, das über normale Preisschwankungen hinausgeht. Das Einkaufen, das Wohnen, das Heizen, der Strom, das Autofahren – kurzum die wesentlichsten Bereiche des täglichen Lebens – sind zeitgleich von exorbitanten Preissteigerungen betroffen. Der wöchentliche Einkauf ist um 6,8 Prozent teurer als im Vorjahr, das Benzin um 36 Prozent, der Kauf eines eigenen Heims kostet heute um 10 Prozent mehr als im Jahr 2020, die monatliche Miete ist von 2019 auf 2020 bereits um rund 3 Prozent gestiegen und wird das weiter tun und Heizen und Strom werden um mindestens 16 Prozent mehr kosten. Für viele Haushalte sind die explodierenden Preise eine existenzielle Bedrohung.

Die Bundesregierung hat im Kampf gegen die Teuerung noch keine Maßnahmen gesetzt – im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern. Auch im Budget findet sich dazu absolut nichts.

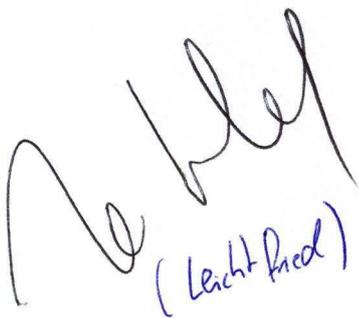
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

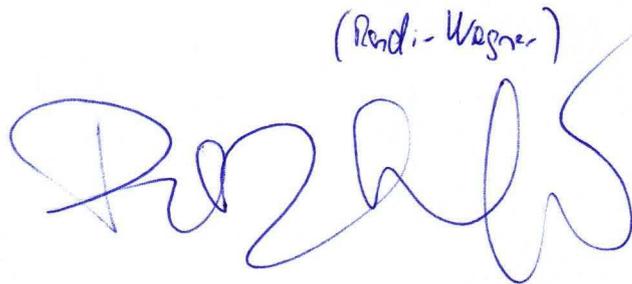
### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

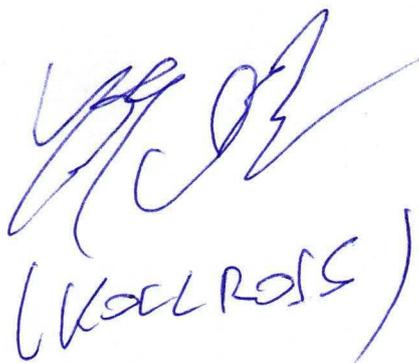
„Die Bundesregierung wird aufgefordert ein Maßnahmenpaket gegen die Teuerung – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Energie und beim täglichem Einkauf – dem Nationalrat ehebaldig zuzuleiten. Folgende Maßnahmen sollten dabei besonders berücksichtigt werden:

1. Vorziehen und sofortiges Inkrafttreten der Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer
2. Senkung der Mehrwertsteuer im Bereich Strom und Gas sowie Einführung eines Winterzuschusses in der Höhe von 300 Euro für einkommensschwache Haushalte
3. Erhöhung der Pendlerpauschale für kleine und mittlere Einkommen durch Umstellung von Steuerfrei- auf Steuerabsetzbetrag
4. Valorisierung der Studienförderung für Studierende
5. Sonderteuerungsausgleich für Pensionistinnen und Pensionisten mit kleinen Pensionen.“

  
(Nebl)

(Pendl-Wagner)  


  
(Kucher)

  
(Kollross)

  
(Jankovits)

